

**Bundeskongress 2004
des Bundesverbandes der Bilanzbuchhalter und Controller e. V.**

22.4.2004, Potsdam

Welche Grenzen hat die Erweiterung der Europäischen Union?

Hans-Jürgen Zahorka

LIBERTAS – Europäisches Institut GmbH
Vaihinger Str. 24
71063 Sindelfingen
Tel. 0 70 31 / 61 86-80
Fax 0 70 31 / 61 86-86
E-Mail: zahorka@libertas-institut.com
www.libertas-institut.com

1. Die Frage der Erweiterung der EU ist schon seit langen Jahren nicht nur auf die klassischen Akteure beschränkt. So hat König Hassan II. von Marokko 1986, nachdem Spanien und Portugal EU-Mitglieder wurden, Brüssel mit einem Aufnahmeantrag seines Landes erschreckt. Der Grund dieses Aufnahmeantrags waren u. a. Tomaten. Für den Tomatenmarkt, insbesondere auch den Tomatenmarkt der EU, waren Spanien, Portugal und Marokko eifrige Lieferanten – wobei Marokko Kostenvorteile hatte. Mit dem Beitritt Spaniens und Portugals waren die Tomaten aus diesen Ländern plötzlich Bestandteil der Gemeinschaftspräferenz, d. h. sie mussten vor Tomaten bzw. Tomatenmarkt aus Drittländern, also Marokko, vermarktet werden. Es dauerte einige Tage länger als sonst, bis die EU-Kommission geantwortet hatte. Völlig richtig hatte sie darauf hingewiesen, dass nach den Römischen Verträgen von 1957 nur europäische Staaten als mögliche Beitrittskandidaten genannt wurden – was übrigens heute nach wie vor gilt. Die neuerliche Antwort aus Rabat ließ nicht lange auf sich warten: Es sei noch nicht allzu viel Zeit seit jener Epoche vergangen, in der die Strasse von Gibraltar noch oberhalb der Meeresoberfläche verlief.
2. 1993 verabschiedete das Parlament von Kasachstan eine Resolution, wonach dieses Land einen Beitritt zur EU wünschte. Das stand quasi im Satz 1. Im Satz 2 stand aber sofort, dass dies angesichts der geographischen Umstände unrealistisch sei, man habe Satz 1 deshalb so abgefasst, weil man die EU so umwerfend positiv sehe. Ein Anhalten des Atems in Brüssel erübrigte sich also.
3. Schon vorher gab es wiederholt ähnliche Situationen: So gab es in den 70er-Jahren einen Teil der Parti québécois in Kanadas frankophoner Westprovinz Québec, wonach diese Provinz sofort in die EU hinein sollte. Hilfsweise sollte sie ein Bundesstaat der USA werden – nur eben weg aus Kanada. Aber diese Resolution wurde nie verabschiedet.
4. Im Jahr 1988 erklärte mir der Premierminister der 130.000-Einwohner-Republik St. Lucia in der Karibik, Sir John Compton, dass er nun bald Antrag auf EU-Mitgliedschaft stellen würde. Das ehemalige Kolonialland Großbritannien sei seit bald 16 Jahren in der EU und profitiere hiervon, St. Lucia sei nicht in der EU und profitiere hiervon nicht. Auf die Frage, wer oder was ihn auf diese Idee gebracht habe, antwortete mir Sir John Compton, Pierre Trudeau, ehemaliger kanadischer Premierminister, auf einem gemeinsamen Segeltörn – Trudeau, seinerzeit Idol aller alternden Hippies, Idealisten, unkonventioneller politischer Denker.
5. Nach diesen allerdings jeweils unrealistischen Geschichten um Anträge auf EU-Erweiterung ist es jedoch heute völlig realistisch, die EU in wenigen Tagen, wenn sie sich von 15 auf 25 Staaten vergrößert, auf einem pan-

europäischen Kurs segelnd in durchaus absehbarer Zeit auf maximal 42 Staaten vergrößert zu sehen.

Nicht die heutige Realität, sondern eine klare Tendenz und Szenarien legen diese Annahme nahe.

Ohne Zweifel hat die EU mit ihrer heutigen Erweiterung ein pan-europäisches Zeichen gesetzt. Dieses war und ist völlig logisch, heißt es doch seit ihrem Beginn, dass sie offen für den Beitritt aller europäischen Staaten ist, unter der Voraussetzung, dass diese den Beitrittskriterien entsprechen.

Nehmen Sie ferner an, es gibt bei bestimmten Staaten vor allem an der östlichen Peripherie Druck auf die EU wegen sicherheitspolitischer Umstände, und bei anderen im Zentrum Europas wegen bisheriger mangelnder wirtschaftlicher Mitwirkung.

Es kann dabei durchaus sein, dass wegen bestimmter besonderer Beziehungen diese Staaten, die hinein wollen, besondere „Beitrittsadvokaten“ unter den existierenden EU-Mitgliedern haben – so wie z. B. Moldawien mit Rumänien oder die Ukraine mit Polen, oder Norwegen und Island mit anderen skandinavischen Staaten.

Es kann ferner sein, dass wirtschaftlich schwächere Staaten eine exponentielle Aufschwungkurve zur EU hin wahrnehmen, weil alle Staaten, die durch eine Transition, also den Wechsel des Wirtschaftssystems gehen, eine solche Kurve durchlaufen, wenn sie erst einmal eine vernünftige und „approximierte“, also an den Zielen der EU faktisch orientierte Wirtschaftspolitik durchführen. Das Ergebnis einer solchen exponentiellen Annäherung ist die Fähigkeit, sich durchaus wettbewerbsfähig in der EU behaupten zu können.

Die Wirtschaft und die sie begleitenden internen und externen Beratungs- und Dienstleistungsberufe wie Steuer-, Rechts- und Unternehmensberater, Wirtschaftsprüfer, Bilanzanalysten und Controller werden dabei viele Entwicklungen – wie auch bei allen EU-Erweiterungen und –Megaprojekten bisher – antizipieren. Dabei sind national regulierte Berufe wie Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte in einem strukturellen Nachteil gegenüber in-house- und extern auftretenden qualifizierten Experten wie Bilanzbuchhalterberufe und Controller. Deren Parameter lassen sich ohne weiteres an jedes Unternehmen anlegen, die der noch national regulierten Berufe nicht. „Noch national reguliert“ heißt nicht, dass schon einige dieser Zünfte über den Zaun blicken; zum Teil machen sie dies schon seit Jahren. Aber die Mehrheit dieser Tätigen denkt nach wie vor national, weil sie durch ihre Ausbildung und Traditionen auf nationale Denkweise festgelegt wurden –

das war und ist weiterhin die Regel, obwohl eben die Wirtschaft sich globalisiert, europäisiert und internationalisiert.

6. Warum ist der EU-Binnenmarkt so wichtig für alle diese Berufe?

Weil alle Regeln freizügig wurden bzw. werden, weil alle Maßstäbe an alle Unternehmen, gleich von deren rechtlichem oder faktischem Sitz, grundsätzlich gleich sind, und weil die Fiktion jetzt eben nicht mehr nur lautet, dass alle Architekten oder Tierärzte, wie vor Jahrzehnten schon, EU-weit tätig werden können, weil eben ein Gebäude den gleichen statischen Gesetzen gehorcht, gleich ob es in Palermo/Italien oder Lulea/Schweden steht, oder weil ein Kalb auf die gleiche Art auf die Welt kommt, gleich ob dies in Brest/Bretagne oder Koenigs Wusterhausen/Brandenburg ist. Die Fiktion zwischenzeitlich lautet mittlerweile auch, dass eine kleine Kapitalgesellschaft nach den gleichen Grundsätzen zu bewerten ist bzw. die Controlling-Ansätze identisch sind, wenn sie in Olsztyn/Polen oder in Hallein bei Salzburg sitzt.

Dazu kommt auch, dass die grenzüberschreitenden Investitionen in den nächsten Jahren vor allem von West nach Ost erheblich zunehmen werden, danach auch von Ost nach West. Von West nach Ost deshalb, weil es vollkommen normal ist, wenn ein bestimmtes Quantum an ausländischen Investitionen vorliegt. In Deutschland kann ich mich noch an die letzte derartige Diskussion erinnern, als der Schah von Persien oder die Kuwait Investment Agency größere Filetstücke deutscher Konzerne kauften.

Es ist nicht immer ein Davonlaufen vor schwierigen Bedingungen, sondern ein logisches Ausweiten des Marktes, wenn also deutsche Unternehmen auch Arbeitsplätze nach Osteuropa exportieren.

Der Binnenmarkt ist somit extrem wichtig für alle die genannten Berufe: Es gibt keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen einer Tätigkeit in Sindelfingen für jemanden aus Böblingen, so wie es auch keinen Unterschied für eine Tätigkeit in Horndon-on-the-Hill von Marseille aus gibt. Die Bedeutung des Binnenmarkts ergibt sich auch dadurch, dass sich dadurch der Markt in riesige Dimensionen öffnet, im Sinne von Chancen der *economy of scale*. Er muss allerdings individuell geöffnet werden.

7. In den EU-Strukturen hat sich in den letzten Jahren eine gewaltige Dynamisierung ergeben. Schauen wir zunächst auf die Verträge: Die jeweiligen Kosmetisierungen oder Vertragsrevisionen erfolgten:

- 1957 (Römische Verträge),
- 1986 (Einheitliche Europäische Akte),
- 1992 (Maastricht),
- 1996 (Amsterdam),

- 2000 (Nizza), und
- 2004 die neue EU-Verfassung – hoffentlich.

Wir hatten also fast 30 Jahre lang eine Phase der Eurosklerose, die 1986 durch den EU-Binnenmarkt beendet wurde. Danach haben sich im Rhythmus von 4-6 Jahren die Verträge geändert.

8. Auch in den politischen Schlagwortprogrammen ergab sich seit Mitte der 80er-Jahre eine Dynamisierung:

- 1985-1992 Binnenmarkt
- Anfang der 90er-Jahre Schengen
- 1994-2002 Währungsunion.

Seither also ergab sich eine Situation,

- wonach wir kaufen und verkaufen können, was und wo wir im Binnenmarkt wollen,
- dass wir mit einer gemeinsamen Währung zahlen können,
- dass wir ohne Passkontrollen von Finnland nach Sizilien fahren können.

9. Letztlich entwickelten sich die Erweiterungsrounden gleichzeitig:

- Seit 1952 bzw. 1957 waren es sechs Länder,
- seit 1973 mit Großbritannien, Irland und Dänemark,
- seit 1981 mit Griechenland,
- seit 1986 mit Spanien und Portugal,
- seit 1995 mit Österreich, Finnland und Schweden.

Zwischen fünf und 16 Jahren dauerte eine Erweiterung der EU. Dies blieb auch mit neun Jahren seit 1995 bis 2004 im Rahmen.

10. Dass sich die Lage dynamisiert hat, ist auch den folgenden Fragen zu entnehmen:

- Wer hätte vor 10 Jahren gedacht, dass wir heute wie selbstverständlich eine gemeinsame Währung benutzen?
- Wer hätte 1994 auch nur gewagt, darauf zu wetten, dass z. B. Lettland zehn Jahre später EU-Mitglied sein wird?

11. Daraus wird ersichtlich, dass die EU in den letzten Jahren handlungsfähiger war, als viele Beobachter meinten.

Außerdem hat sich die EU mit ihrer Erweiterung ganz klar auf einen Kurs von Pan-Europa bewegt, d. h. aufs gesamte Europa. Die Regelungen im Vertrag sind klar: wer als europäisches Land die Bedingungen erfüllt, kann kommen.

Es hat die EU schon immer ausgezeichnet, dass sie die, die nicht wollten, nie geholt hat. Die EU hat nichts Imperialistisches an sich.

Aus dem Pan-Europa-Ansatz ergibt sich also bei künftigen Erweiterungen ein gewisser Zwang für Begründung, falls man nicht zustimmen will, nachdem an der Einstimmigkeit im Ministerrat und an der Zwei-Drittel-Mehrheit im Europäischen Parlament nichts geändert wurde.

12. An Erweiterungen der Zukunft kann man von folgenden Szenarien ausgehen:

- Bulgarien 2007
- Rumänien 2007
- Kroatien (Beitrittsantrag 2003)
- Mazedonien (Beitrittsantrag März 2004)

Es werden die gesamten Balkanstaaten bzw. -regionen folgen:

- Albanien
- Bosnien-Herzegowina
- Montenegro (wenn es sich abspaltet von Serbien)
- Serbien (unter einer nicht-nationalistischen Regierung)
- Kosovo (das sich wohl auf ein EU-Protectorat hinbewegt)

13. Mazedonien wird durch den EU-Beitrittsantrag regelrecht zusammengeschweißt. Die EU-Polizeitruppe „EUPOL Proxima“ ist in diesem Land ein Erfolg.

Und in jedem Land, auch im Kosovo, werden schon jetzt Regierungsbeamte in EU-Recht trainiert – ohne dass ein konkretes Datum geäußert wird. Das kann man jetzt auch nicht, zumal die 10 Beitritte vom 1. Mai zumindest kurz verdaut werden müssen und vor allem die EU auch ihre Verfassung unter Dach und Fach bringen muss.

In jedem Fall hat die EU für diese Länder in der Tat jene Robert-Schuman-Funktion, nämlich Frieden zu garantieren, die etwa im Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland zwar 1952 gerade durch Robert Schuman eingeführt wurde und ab sofort tragendes Prinzip der jeweiligen Außenpolitik wurde.

Sämtliche Balkanländer werden also in der EU enden, und man darf hier nicht veraltete Sichtweisen auf ewig konservieren. Wenn man sich hier laufend informiert, was geschieht und sich gebessert hat, kommt man von nicht zutreffenden Vorurteilen ab.

14. Zu den europäischen Mikrostaaten ist folgendes zu prognostizieren:

- Andorra hat einen Zollunionsvertrag mit der EU. Ich gehe davon aus, dass dieses alte Schmugglerparadies in den Pyrenäen nicht in die EU kommt.

- Monaco ist de facto größtenteils bereits in der EU, aufgrund seiner Verträge mit Frankreich. Auch Monaco will wohl nicht in die EU.
- In San Marino gehen die Uhren anders. Ein Staatsdefizit von über 200 Mill. EUR hat dafür gesorgt, dass San Marino heute aktiv daran denkt, EU-Mitglied zu werden.
- In allen drei Mikrostaaten zahlt man offiziell mit EUR, der in Monaco bzw. San Marino sogar in einer lokalen Ausgabe geprägt wird.
- Der Vollständigkeit halber erwähne ich auch den Vatikan, in dem allerdings nicht nur wegen der dortigen Probleme der beruflichen Gleichstellung von Frauen mit Männern Hindernisse zu erwarten sind. Der Vatikan wird mit Sicherheit nicht in die EU beitreten. Im übrigen gibt es dort auch ebenfalls selbst geprägte Euro-Münzen.

Irgendwie scheint die EU den Wert von kleinen, exotischen Flecken auf ihrer Landkarte zu schätzen.

15. Die EWR-Mitgliedsländer Norwegen, Island und Liechtenstein werden wahrscheinlich innerhalb der nächsten 10 Jahre zur EU stoßen, vielleicht mit Ausnahme Liechtensteins. Vor allem wirtschaftliche Gründe dürften hierzu führen.
16. Von den EFTA-Ländern bleibt dann nur noch die Schweiz. Nur wenige wissen, dass unsere Nachbarn im Süden schon im Juni 1992 einen Beitrittsantrag stellten. Diese Aktion der Regierung ist aber noch nie vors Volk gebracht worden, das nach der schweizerischen Stimmtradition dazu gefragt werden muss. Wenn man die wirtschaftlichen Interaktionen in der EU der 25 hochrechnet, wird für die Schweiz das gleiche gelten wie für Norwegen, Island und Liechtenstein, wobei letzteres eigentlich der Schweiz folgt (nach einem Wirtschafts- und Währungsabkommen von 1926).

Meine eigene Erfahrung mit schweizerischen Gesprächspartnern ist übrigens, dass im Einzelgespräch fast jeder Feuer und Flamme für eine Mitwirkung in der EU ist. Sobald aber die Schweiz als Kollektiv auftritt, ist die Zustimmung zur EU sehr problematisch. Insbesondere gilt: in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz ist man pro Beitritt, in den deutschsprachigen großen Städten ebenfalls, aber im deutschsprachigen ländlichen Bereich nicht.

Fest steht, dass die Unternehmen der Schweiz, soweit sie global tätig sind, wohl mehrheitlich pro Beitritt arbeiten, allerdings gewichtige Teile der Regierung nicht (um Bundesrat Christoph Blocher, SVP). Wahrscheinlich wären spektakuläre Pleiten wie die der Swissair vermieden worden, wäre das Land in der EU gewesen?

17. Ein Problemfeld ist die Türkei, die nach einem Assoziationsvertrag 1963 im Jahr 1987 Beitrittsantrag gestellt hat, zunächst wohl vornehmlich aus innenpolitischen Gründen. Ich gehe davon aus, dass Ende des Jahres 2004 oder im Jahr 2005 die Beitrittsverhandlungen beginnen und dann vor ca. 10-12 Jahren ohnehin kein Beitritt drin liegt. Die Türkei aber, die dann beitreten wird, wird nicht mehr die gleiche sein wie gestern und heute, und auch hier muss man aktuelle Information empfehlen, damit selbst unterschwellige Vorurteile korrigiert werden können. Dazu kommt, dass Deutschland wegen der vielen türkischstämmigen Mitbürger eine natürliche Verbindungsfunktion spielen wird – eine klare Aufgabenstellung.

Die Türkei wird mit einer von interessierter Seite in Deutschland vorgeschlagenen Zwischenlösung nicht zufrieden sein. Die Äußerungen der deutschen Opposition sind für das Türkei-Problem überhaupt nicht hilfreich gewesen, weil die Türkei selbst diese Nuancierung nie angestrebt hat. Mit einer solchen Idee darf man übrigens nicht die Europawahl bestreiten, weil zum einen ein Türkeibeitritt in den nächsten Jahren nicht ansteht und zum zweiten man etliche dumpf argumentierende deutsche Wähler mobilisieren will, und damit scherzt man nicht, vor allem nicht in einem Deutschland, das vor vielen Jahren endgültig jeglichen Rassismus abgelehnt hat. Im Gegenteil, eine Anlehnung der Türkei an die EU bringt verstärkte Mitwirkung der EU schon jetzt. Und die Zahlungen der EU an die Türkei sind doch nicht an jetzigen Disparitäten zu orientieren – so etwas zu erwähnen ist allenfalls Volksverdummung.

Bei der nunmehr geäußerten Konzeption der Osterweiterung und ihrer gesamteuropäischen Festlegung steht fest, dass wenn die Türkei die Bedingungen erfüllt, sie auch willkommen sein muss. Rein systemanalytisch wird demzufolge die Türkei zur EU hinzukommen.

18. Nordzypern wird ebenfalls dazukommen. Wenn die Volksabstimmung in wenigen Tagen positiv ausgeht, wird das gesamte Zypern sofort in die EU kommen. Wenn die Volksabstimmung negativ ausgeht, wird weiter verhandelt werden. Die dann noch offenen Verhandlungspunkte werden gelöst werden, weil sie im Grunde aus EU-Sicht lächerlich gering wiegen. Wenn das Zypern-Problem nicht jetzt gelöst werden kann, dann innerhalb der EU und mit Hilfe der Türkei und ein oder mehrere Jahre später – aber kein Beteiligter kann und will sich die Diskriminierung der Nordzyprer auf lange Sicht leisten. Dies gilt vor allem auch dann, wenn nur wegen eines Neins der Griechischzyprer der UNO-Plan abgelehnt werden sollte.
19. Zu den GUS-Staaten: Russland (wo einige Intellektuelle und junge Leute immer wieder gerne über einen EU-Beitritt Russlands diskutieren) wird vorerst nicht in die EU beitreten. Die riesige asiatische Landmasse, die

schließlich nicht vom Land abgetrennt werden kann, sorgt dafür, ebenso eine nuancierte politische Kultur. Russland wird im übrigen ein strategischer Partner Nr. 1 für die EU werden; hierauf gibt es klare Hinweise (z. B. Papiere der EU zur Weltraumforschung, Programme zur Rechtsangleichung, sowie die jetzt bestehende Möglichkeit für Präsident Putin, rigoros Reformen durchzusetzen). Im übrigen wird Russland die Ergänzung zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU mit Sicherheit spätestens am letzten Tag vor den Beitritten unterzeichnen.

Belarus (Weißrussland) wird sich aus Tradition an Russland und die GUS, so diese überlebt, anlehnen. Es wird in jedem Fall das machen, was auch Russland machen wird. Das tut einem ein bisschen weh, denn viele junge Leute – Europäer wie Sie und ich – würden gerne in Richtung EU gehen. Gegenwärtig ist das Land allerdings noch die letzte „Dorfdiktatur“ Europas.

20. Es gibt allerdings einige Staaten aus dem ehemaligen Sowjetunion, die besondere Beziehungen zur EU haben werden bzw. haben – wie Moldawien zu Rumänien, wie die Ukraine zu Polen. Hier wird ein EU-Beitritt möglich und auch wahrscheinlich, wenn das Volk sich entsprechend artikulieren kann und dies auch will. Nachdem aber in beiden Ländern ein Neuanfang nach 1990 verschlafen wurde, würde die Transition schmerzhaft lange dauern.
21. So ergeben sich durchaus 42 Staaten, die die EU von morgen bilden können. Alles hängt davon ab, wie schnell die EU ein gefestigtes Verfassungssystem werden kann und wird.

Erwägungen wie im übrigen in den letzten Tagen immer wieder von interessierten Kreisen, die Störfeuer legen, gehört, wonach die Kriminalität durch die Beitritte auch bei uns wachsen wird, sind absurd. Zum einen werden nach dem Beitritt die Polizeibehörden zum ersten Mal richtig zusammenwirken, zum anderen ist es leichter und fairer, ein System an der Hand zu halten, um gemeinsame Wirkungen zu erzielen, als es abzustoßen und dann immer noch gemeinsame Wirkungen zu wollen.

Bei diesem Verfassungssystem wird das deutsch-französische Tandem stehen müssen wie eine Eins. Wenn dieses Tandem keine Zugpferd-Funktion ausübt, wer soll dann das Zugpferd abgeben? Ich schließe nicht aus, dass es dann zwar auch Zugpferde geben wird, die aber von Fall zu Fall neu konstituiert werden müssen. Diese Zugpferd-Funktion hat sich ausgezeichnet bewährt, trotz aller Kritik, die gelegentlich daran geäußert wird.

22. Wir werden also in einem wesentlich größeren Europa leben als in dem der 25. Wir werden eine Verfassung haben, eine Grundrechtscharta, eine Währung, einen großen Markt, in dem volle Freizügigkeit herrscht.

Die Argumente, dass wir in Deutschland nun von osteuropäischen Arbeitnehmern überschwemmt werden, ist Unsinn. Wir wissen aus allen anderen früheren Erweiterungen, dass ein Nettorückfluss nicht nur von Menschen, sondern auch von Investitionen zu erwarten ist. So konnte die Freizügigkeit mit Spanien einige Jahre vor dem geplanten Termin Realität werden. Schon heute gibt es mehr qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Westen, die in den Osten gerufen werden, als umgekehrt. Niemand verlässt sein Heimatland, wenn er zu Hause Perspektiven für sich sieht. Irland hat heute zum ersten Mal seit 1846 wieder mehr als 5 Mill. Einwohner, und nach Estland ist momentan ein „negativer brain drain“ zu verzeichnen. Gerade die deutsche Haltung, die von einigen Gewerkschaften determiniert war, wonach die volle Freizügigkeit erst in sieben Jahren gelten soll, ist kleinkariert und miesepetrig. Sie kann dazu führen, dass deutsche Arbeitnehmer Schwierigkeiten haben könnten, in einzelne mittel- und osteuropäische Staaten umzusiedeln. Und kein Mensch aus Zypern, Malta oder Slowenien wird dem deutschen Arbeitsmarkt zur Last fallen – einem deutschen Arbeitsmarkt, der dringend viele neue Mitarbeiter benötigt, die sich an den Renteneinzahlungen für die jetzigen Generationen beteiligen. Wir sollten also keine Angst haben vor Leuten, die arbeiten wollen, eher vor Leuten, die nicht arbeiten wollen.

23. In dieser Verflechtung von Freizügigkeit für Waren und Dienstleistungen, für Menschen und Kapital entstehen Interaktionen, die besonders für Berufsträger aus den Reihen der Bilanzbuchhalter und Controller heraus interessant werden. Deutschland hat die Erweiterung nicht verschlafen, aber seine Serviceberufe – Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer usw. – schon. Hier liegt meines Erachtens die Aufgabe des BVBC, Fortbildung anzubieten und Interventionsmöglichkeiten mit zu eröffnen.
24. In diesem Zusammenhang: Die EU hat seit 1985 hierzu ein Angebot, das sich sehen lassen kann. Mit der Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) hat sie nach 15 Jahren Vorbereitungen seinerzeit ein Paket geschnürt, in dem grenzüberschreitend in Form einer eigenen Firma kooperiert werden kann. Diese Rechtsform ist nicht publizitäts- und bilanzpflichtig, und sie ist per EU-Recht von Unternehmenssteuern befreit. Es müssen mindestens 2 Unternehmen aus 2 verschiedenen EU-Ländern Mitglieder sein. Es gibt heute ca. 1650 EWIV in der EU, die ca. 12.000 Unternehmen und Freiberufler an sich binden. In Deutschland gibt es etwa 170 EWIV.

Prüfen Sie bitte einmal, ob Sie schon einmal etwas von einer EWIV gehört haben. Der Fernsehsender ARTE ist eine, das Konsortium des Brenner-

Basistunnels eine andere EWIV. Hinzu kommen zahllose kleinere zwischen Freiberuflern, anderweitig Berufstätigen usw.

Die EWIV wird andererseits nie Massenware wie z. B. eine GmbH werden. Sie ist aber *Canard à l'orange*, *Mousse au chocolat* oder *Bordeaux Grand Crû* für den gesellschafts- und steuerrechtlichen Connoisseur¹.

25. Die EU-Erweiterung, auch als laufend weiter zu schulternde Aufgabe, ist also nicht nur eine staatspolitische, rechtliche und volkswirtschaftliche Herausforderung, sondern ihre positiven Wirkungen basieren auf einer konkreten mikroökonomischen Herausforderung für jedes Unternehmen.
26. Diese Herausforderung muss nicht nur in einer erweiterten EU enden. Es gehört zum „Hinterhof“ der EU, der sog. *Good Neighbourhood*, eine Zahl von Staaten wie z. B. die Mittelmeeranrainerländer, insbesondere die nordafrikanischen Maghreb-Länder. Dabei wird es nicht zu einem EU-Beitritt der Palästinensischen Verwaltungsbehörde oder eines möglichen Staates Palästina kommen, wie vor einigen Wochen mehrfach gefordert. Aber der Weg der EU, aus den Mittelmeeranrainern wirtschaftliche *powerhouses* zu machen, ist richtig.

Dazu gehören auch Länder wie z. B. Armenien und Georgien, die unbedingt in das Stabilitätskonzept der *Good Neighbourhood* einbezogen gehören. In Armenien z. B. gibt es vier ehemalige Minister, die mich einmal gebeten hatten, ein Szenario zu entwerfen, was sich ändern muss, damit Armenien in die EU eintreten kann – wohlgermerkt als Vollmitglied. Hierzu habe ich einen Artikel geschrieben, der auch im Internet veröffentlicht ist², und der heute zur Lieblingslektüre im türkischen Außenministerium gehören soll. Es ist gar nicht so theoretisch, über eine potenzielle EU-Mitgliedschaft auch dieser Länder zu sprechen.

27. Die Regeln für alle diese möglichen Beitrittsländer werden die gleichen sein wie die innerhalb der EU. In den nächsten Jahren wird ein dichtes Geflecht sich auf diese Länder legen, und durchaus auch Institutionen wie der BVBC sollten hierbei ihren Platz nehmen, für ihre Mitglieder. Dieses Geflecht ist nicht negativ, sondern selbstverständlich, wenn man bedenkt, dass die Durchdringung mit ausländischem Kapital in diesen Ländern noch recht gering ist und vor allem wesentlich geringer als bei uns, und dass es überall

¹ Das Europäische EWIV-Informationszentrum, das der Verfasser dieser Zeilen leitet, hat ein sehr umfangreiches Internet-Angebot, das unter www.libertas-institut.com erreichbar ist, unter dem Button EWIV-Informationszentrum. Hier können zahlreiche Downloads vorgenommen und eine (kostenlose) elektronische Zeitschrift abonniert werden (EWIV eJOURNAL).

² www.libertas-institut.com, unter der News- bzw. GUS-Seite

den Willen gibt, den Anschluss an das Know-how-Niveau wie in der EU zu realisieren..

28. Nach allem wird die zwangsläufige weitere Erweiterung der EU durch die zukünftige EU-Verfassung bestimmt werden. Dennoch wird der klassische Nationalstaat ein wesentlicher administrativer Rahmen bleiben. Ebenfalls unsere diversen Sprachen bleiben erhalten, weil die europäische Integration eben nicht auf die grüne Wiese, die soeben von Bisons und Indianern gesäubert wurde, verpflanzt wird wie die Besiedlung Nordamerikas, sondern von historischen und kulturellen Beständen ausgehen muss, die geschätzt und geschützt werden müssen.

Die logische Folge ist, dass jeder Europäer alles dafür tun sollte, um lebende Fremdsprachen zu lernen. Er sollte individuell entscheiden, welche dies sein sollen. Die größeren Sprachen gehören zur Standardausrüstung, die jedem Kind angeboten gehört. Die Zukunft Europas ist eben mehrsprachig.

29. In diesem Zusammenhang könnte es zum Willen kommen, sich zurück zum Nationalstaat zu entwickeln. Dies hieße, den Zeiger der Uhr weltweit zurück zu drehen. Denn schon 2005 werden ca. 300 *Regional Trade Agreements* in Kraft sein – mit weiterhin steigender Tendenz. Die ehrgeizigen unter ihnen versuchen alle, der EU zu folgen. Sie ist die Erfolgsstory seit Mitte des letzten Jahrhunderts in Europa, und ein Ende mit 25 Ländern heute ist noch lange nicht abzusehen.